



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 29. September 2023

Bericht aus der Session – Nummer 48
Rückblick auf die Herbstsession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Diesen Monat feiern wir den [175. Geburtstag](#) unserer Bundesverfassung. Besonders am Herzen liegt mir der in der Präambel verankerte Leitsatz «Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen». Die Aussage würde ich wohl etwas anders formulieren, da «Schwache» in unserer Leistungsgesellschaft negativ konnotiert ist. Die Haltung hinter der Aussage, dass ein starkes Volk Nachteile, Ungerechtigkeiten und schwierige persönliche Situationen ausgleichen soll, teile ich jedoch voll und ganz. Meine politische Arbeit richtete und richte ich folglich stark auf dem humanitären Leitsatz aus.

Dass in der reichen Schweiz jede zwölfte Person in Armut lebt, passt so gar nicht zum Leitsatz der Präambel und ist für unser Land beschämend. **Armut** liesse sich beseitigen, wenn der politische Wille dazu da wäre, davon bin ich überzeugt. Ich habe mich im Bundeshaus konsequent für die Reduktion der Armut in der Schweiz eingesetzt. Das [nationale Armutsmonitoring](#) lässt mich auf eine Verbesserung der Bekämpfung von Armut in der Schweiz hoffen.

Eng verknüpft mit dem Wohlbefinden des Volkes ist die **Gesundheit**. Eine bedarfsgerechte und bezahlbare Gesundheitsversorgung für alle Menschen ist deshalb von zentraler Bedeutung. Besonders am Herzen liegt mir die Versorgung von Menschen mit seltenen Krankheiten. Als Mitglied der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats konnte ich mich für die Annahme wichtiger Anliegen in diesem Bereich wie u.a. die [Motion 21.3978](#) und die [Motion 22.3379](#) sowohl in der vorbereitenden Kommission als auch im Rat selber einsetzen.

Die Empörung über die **Benachteiligung von Frauen** in verschiedenen Lebensbereichen bewegte mich – unter anderem - in meinen jungen Jahren, in die Politik einzusteigen. Und diese jugendliche Empörung ist bis heute nicht verfliegen. Die Schweiz setzte zwar per April 2018 das Überein-



kommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, kurz Istanbul-Konvention, in Kraft, doch versäumte sie es, die Bestimmungen der Konvention tatsächlich und umfassend umzusetzen. Die internationale Expertinnen- und Expertengruppe des Europarats (GREVIO) zeigte der Schweiz im November 2022 einen grossen Handlungsbedarf auf, vgl. [Zusammenfassung Brava](#). Wann wird es endlich genügend Schutzunterkünfte für gewaltbetroffene Kinder und Erwachsene in der Schweiz geben? Während meiner Zeit im Parlament gelang es mir, einige Verbesserungen u.a. in den Bereichen [Stalking](#), [Bedrohungsmanagement](#) und [Aufenthaltsrecht bei ehelicher Gewalt](#) anzustossen, doch das ist nicht genug!

Soeben verabschiedete der Bundesrat den [Bericht über die Datenlage zu Gewalt an Kindern](#), der mein [Postulat 19.3119](#) beantwortet. Ich erhoffe mir, dass gestützt auf diesen Bericht Lücken im **Kinderschutzsystem** erkannt und zielgerichtete Massnahmen ergriffen werden können. Lange gekämpft hatte ich im Parlament für die gesetzliche Verankerung der gewaltfreien Erziehung. Und Ende 2022 war es endlich so weit: Die beiden Räte die gesetzliche Verankerung des Rechts auf eine gewaltfreie Erziehung, indem sie die [Motion 19.4632](#) guthiessen. Meine entsprechende [Motion 13.3156](#) hatte der Nationalrat im Jahr 2014 noch abgelehnt.

Auch sehr interessant war für mich die Prüf- und Aufsichtsfunktion als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission GPK und der Geschäftsprüfungsdelegation GP-Del. Ich erhielt Einblick in alle Verwaltungseinheiten und konnte interessante Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern der Finma, der ETH, von Personalverbänden, der SBB, der Swisscom, aber auch mit Bundesrätinnen und Bundesräten führen. Ich wirkte bei Spezialprüfungen mit, beispielsweise als Präsidentin in der Arbeitsgruppe zu den Problemen der Hochseeschifffahrt. Die Aktivitäten der Geschäftsprüfungsdelegation GP-Del mit ihren sechs Mitgliedern - drei Personen aus dem Nationalrat und drei aus dem Ständerat – waren immer absolut geheim. Sehr spannend fand ich die Aufarbeitung der Crypto-Affäre, bei der ich als Vizepräsidentin der GP-Del mitwirkte.

48 Sessionen und unzählige Kommissionssitzungen lassen sich nicht auf knapp zwei Seiten zusammenfassen. Doch wenn ich an meine Zeit im Bundeshaus zurückdenke, kommen mir v.a. die unzähligen spannenden Gespräche mit unterschiedlichsten Menschen in den Sinn. Meine politischen Positionen und Forderungen habe ich immer im Austausch mit Fachpersonen und betroffenen Menschen entwickelt. Das Erfahrungswissen von unterschiedlichsten Menschen war für meine Arbeit im Bundeshaus unabdingbar. Ich möchte Ihnen allen für die fruchtbare Zusammenarbeit während meiner drei Legislaturen im Parlament danken. Ich hoffe, dass viele der unter der Bundeshauskuppel geknüpften Kontakte auch nach meiner Zeit im Nationalrat fortbestehen werden.

An dieser Stelle auch ein grosses Dankeschön an meine Mitarbeiterin für die Unterstützung bei der Erstellung der Sessionsberichte. Eine wertvolle Zusammenarbeit, welche ich immer sehr schätzte.

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz
Präsidentin ProRaris (Dachverband für seltene Krankheiten)



19.09.2023

Aus dem Nationalrat

Bericht aus der Session

Nummer 48

Rückblick auf die
Herbstsession...

Prämienverbilligung: Die Kantone sollen neu einen Mindestbetrag von 3,5 bis 7,5 Prozent der Kosten der obligatorischen Grundversicherung für die Prämienverbilligung aufwenden müssen. Das haben die Räte entschieden. Der indirekte Gegenvorschlag zur [Prämienentlastungsinitiative](#) steht damit. Der Nationalrat ist am Dienstag beim Ausbau der Prämienverbilligungen auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt. Mit 104 zu 86 Stimmen bei 2 Enthaltungen stimmte die grosse Kammer für den Antrag ihrer vorberatenden Kommission. Die bürgerliche Mehrheit bezeichnete den Vorschlag als "grossen Schritt". Die Ratslinke sprach zusammen mit der GLP von einer "unge-nügenden Lösung".

Kommentar: *Das Kopfprämiensystem bei den Krankenkassenprämien ist absolut unsozial. Die minimale Anhebung des Mindestbeitrags der Kantone ändert daran auch nichts. Ich bin überzeugt davon, dass die Initiative vor das Volk kommen wird.*

Obligatorium für eine Krankentaggeldversicherung: Der Nationalrat hat den Bundesrat beauftragt, eine gesetzliche Grundlage auszuarbeiten, mit der die Arbeitgeber dazu verpflichtet werden, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für den Erwerbsausfall bei Krankheit zu versichern. Das Obligatorium für eine Krankentaggeldversicherung war im Parlament bereits mehrfach abgelehnt worden, letztmals im Juni 2023.

Kommentar: *Das Fehlen einer Krankentaggeldversicherung kann Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen länger nicht arbeiten können, in eine existenzielle Notsituation bringen. Deshalb hoffe ich fest, dass der Ständerat dem Nationalrat folgt und die obligatorische Krankentaggeldversicherung in der Schweiz doch noch eingeführt wird.*

Gleichstellung bei der Blutspende: Künftig soll bei den Ausschlusskriterien vom Blutspenden jede Form von Diskriminierung, wie zum Beispiel aufgrund der sexuellen Orientierung, verboten werden. Dies wurde vom Parlament im Rahmen der Beratung einer [parlamentarischen Initiative](#) beschlossen. Die Kriterien, wonach jemand zum Spenden nicht zugelassen wird, müssen vielmehr auf dem individuellen Risikoverhalten und der Wissenschaft basieren. Hintergrund ist, dass schwule und bisexuelle Männer nach Ausbruch der Aids-Epidemie von 1988 bis 2017 pauschal vom Blutspenden ausgeschlossen waren - unabhängig von ihrer persönlichen Lebenssituation und ihrem Verhalten. Aktuell sind Männer nur zur Blutspende zugelassen, wenn sie in den vergangenen zwölf Monaten keinen Sex mit Männern hatten.

Kommentar: *Es ist richtig und wichtig, dass jede Form von Diskriminierung bei der Blutspende verboten ist, dafür habe ich mich auch in der parlamentarischen Debatte stark gemacht, vgl. [mein Votum](#).*

Kostenbremse-Initiative: Mit der Kostenbremse-Initiative will die Mitte-Partei das Wachstum der Gesundheitskosten bekämpfen. Gemäss Begehren müssen Bundesrat, Parlament und Kantone



eingreifen, wenn die Gesundheitskosten im Vergleich zur Lohnentwicklung zu stark steigen. Das Parlament hat einen [indirekten Gegenvorschlag](#) erarbeitet. Es will das Kostenwachstum im Gesundheitswesen mit der Einführung von Kosten- und Qualitätszielen dämpfen. Das Volksbegehren selbst empfehlen die Räte zur Ablehnung.

Kommentar: Bei Erstellung dieses Berichtes war das Ergebnis noch unklar. Ich wäre froh, wenn das Parlament die Kostenbremse-Initiative zur Ablehnung empfehlen würde – meine Partei selbst ist sehr gespalten. Die starre Koppelung der Kostenentwicklungs-Zielvorgabe an die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und den Lohnindex würde zu einer Rationierung von Leistungen und damit zu einer Zweiklassengesellschaft bei der medizinischen Versorgung führen.

Es ist der absolute Luxus, Leidenschaft mit Leistung zu kombinieren. Und es ist der wahre Weg zum Glück.

[Sheryl Sandberg](#)

1e-Vorsorgepläne: Wer in der beruflichen Vorsorge einen so genannten 1e-Vorsorgeplan hat, soll sein Kapital bei einem Stellenwechsel gemäss Entscheidung des Parlaments nicht verlieren. 1e-Pläne sind Vorsorgepläne, bei welchen die Versicherten aus einem Angebot von Anlagestrategien selbst wählen dürfen. Das bietet grosse Chancen für höhere Verzinsungen, birgt aber auch das Risiko für Verluste. Die Vorsorge mit 1e-Plänen ist nur auf versicherten Lohnteilen ab Jahreslöhnen ab rund 130'000 Franken möglich. Mit der [Motion](#) solle Arbeitnehmenden die Mög-

lichkeit geboten werden, beim Austritt aus einem 1e-Vorsorgeplan infolge Stellenwechsel das entsprechende Vorsorgeguthaben bis zu zwei Jahren in einer Freizügigkeitseinrichtung zu belassen.

Kommentar: Über die Annahme dieser Motion bin ich enttäuscht. Es ist eine Fühler und Weggillösung für Gutverdienende. Sie können die Rendite ihres Pensionskassengelds erhöhen, das Verlustrisiko bei einem Stellenwechsel wird aber abgefedert. Wir sollten unser besser darauf konzentrieren, die Altersvorsorge für Menschen mit wenig Einkommen zu verbessern.

Mutterschaft und Parlamentsarbeit: In der Schweiz können Parlamentarierinnen im Mutterschaftsurlaub bald ihre Parlamentstätigkeit ausüben, ohne den Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung zu verlieren, vgl. [Standesinitiative](#). Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat für eine entsprechende Änderung des Erwerbsersatzgesetzes ausgesprochen. Heute verliert eine Parlamentarierin ihre Mutterschaftsentschädigung für ihre hauptberufliche Tätigkeit, sobald sie an Sitzungen des Parlaments teilnimmt. Das Bundesgericht bestätigte dies vor einem Jahr in einem Leiturteil.

Neu soll die Teilnahme von im Mutterschaftsurlaub stehenden Müttern an Sitzungen von Parlamenten nicht mehr als Aufnahme der Erwerbstätigkeit gelten. Die Frau verliert also ihre Mutterschaftsentschädigung nicht, wenn sie in einem Parlament mitarbeitet. Dieser Änderung des Erwerbsersatzgesetzes stimmte der Nationalrat am Donnerstag mit 155 zu 22 Stimmen bei fünf Enthaltungen zu.

Kommentar: Frauen mussten viele Steine aus dem Weg räumen, um politisch partizipieren zu dürfen, vgl. auch meinen [Beitrag "50 Jahre Frauenstimmrecht"](#). Es ist enorm wichtig, dass das de-facto-Politverbot für Mütter endlich aufgehoben wird!

Mietrecht: Die Eidgenössischen Räte haben mehrere Anpassungen des Mietrechts zugunsten von Eigentümerinnen und Eigentümern beschlossen. So sollen letztere bei der Untervermietung von



Räumlichkeiten mehr zu sagen haben. Und wenn sie Eigenbedarf geltend machen, sollen sie schneller zu den Objekten kommen.

Kommentar: *Insbesondere in Ballungszentren ist der Wohnungsmarkt stark ausgetrocknet und günstige Wohnungen sind Mangelware. Menschen mit wenig Geld finden kaum noch eine Wohnung. Umso wichtiger ist ein guter Schutz der Mieterinnen und Mieter. Die Lockerung des Mietrechts finde ich in der aktuellen Wohnungssituation absolut unverantwortlich.*

Schutz der Jugend vor Pornos: Zum Schutz der Jugend vor pornografischen Inhalten im Netz ist eine Netzsperrung für das Gesetz überlistende Betreiber vom Tisch, vgl. [Motion 20.3374](#). Wie der Ständerat setzt der Nationalrat auf eine Informationspflicht für Anbieter solcher Seiten. Diese sollen die Erziehungsberechtigten auf mögliche Schutzmassnahmen aufmerksam machen müssen. Insbesondere könne er die Anbieterinnen von Internetzugängen verpflichten, ihre Kundinnen und Kunden über die Möglichkeiten im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes zu beraten. Gegen die von Gugger verlangte Netzsperrung sprachen sich der Ständerat und nun also auch der Nationalrat aus, weil sie finden, solche Netzsperrungen könnten leicht umgangen werden.

Kommentar: *Schon heute ist es strafbar, den Zugang zu Pornografie für Personen unter 16 Jahren nicht wirksam zu prüfen. Für einen verbesserten Schutz der Jugend vor Pornos müssen wir bei der Medienkompetenz von Jugendlichen ansetzen. Deshalb bin ich froh über den Entscheid des Parlaments. Kinderschutz Schweiz hat sich auch sehr stark dafür eingesetzt.*

Ausstieg aus der Prostitution: Der Nationalrat will wirksame Ausstiegsprogramme zur beruflichen und sozialen Neuorientierung für Prostituierte vorantreiben. Er nahm eine entsprechende [Motion](#) mit 109 zu 75 Stimmen bei 5 Enthaltungen an. Der Bundesrat hatte beantragt, die Motion abzulehnen. Für die Regelung der Prostitution seien in der Schweiz primär die Kantone zuständig. Sie erlassen beispielsweise die Vorschriften zur Bekämpfung der Gewalt an Sexarbeitenden und verantworten die Verbesserung ihrer rechtlichen Stellung.

Kommentar: *Dieser Entscheid freut mich sehr und ich hoffe, dass der Ständerat folgen wird. Es muss alles dafür gesetzt werden, dass Frauen unabhängig von ihrem Wohnkanton reelle Möglichkeiten haben, aus der Prostitution auszusteigen und ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu führen.*

Im Alter zu Hause: Menschen mit Behinderung sollen möglichst lange zuhause und selbstbestimmt leben können. Dafür soll die AHV Betroffenen im AHV-Alter mehr Hilfsmittel für die Mobilität und Eigenständigkeit finanzieren. Am Dienstag hat nach dem Nationalrat auch der Ständerat eine entsprechende [Motion](#) der Gesundheitskommission des Nationalrats angenommen.

Kommentar: *Die meisten Menschen möchten im Alter möglichst lange zu Hause bleiben. Es freut mich deshalb sehr, dass auch der Ständerat dieser Motion zugestimmt hat.*

Persönlicher Vorstoss in der Herbstsession:

Ich habe in meiner letzten Session keine Vorstösse mehr eingereicht.